

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

82 (23.9.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Leserbeiträge: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1,50
einw. Trügerlohn, bei Fortsetzung DM 2,50 / Anzeigen nach Preistabelle 2
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgeschickt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Verlag: Verlag a. Redaktion Lahr 1107 / Postbankkonto: Freiburg i. Br. 4400
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Oberbadische Bank, Zweigstelle Lahr
Keine Ersatzpost, bei Störung durch 36h. Gewalt / Telegramme: Neubaden

NR. 82 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG, DEN 23. SEPTEMBER 1948

PREIS 30 PFENNIG

UN-Vollversammlung eröffnet

Bisher bedeutendste Sitzung der UN in ihrer Geschichte — Tagesordnung umfaßt 70 Punkte — Beratungen solle 3 Monate dauern — Trygve Løe fordert UN-Polizeitruppe

Paris. Die dritte ordentliche Vollversammlung der Vereinten Nationen wurde am Dienstag um 16 Uhr im Palais de Chaillot in Anwesenheit der Delegationen von 58 Mitgliedstaaten eröffnet. Unter dem Symbol der Vereinten Nationen und dem Schlagwort der dritten Vollversammlung: „Der Geist der Tatkraft beherrscht diesen Platz menschlicher Gemeinschaft“, eröffnete der argentinische Außenminister Bramuglia die Tagung. Bramuglia führte aus, das Schicksal der Welt dürfe nicht von den Zwistigkeiten zweier Nationen, sondern einzig allein von der Harmonie der Standpunkte aller Völker abhängen. Aus natürlichen Gründen sei es unmöglich, einen Weltstaat anzustreben, dessen

Nach den Ansprüchen Bramuglias und Auriols gedachte der Generalsekretär der UN, Trygve Løe, des Grafen Bernadotte, des französischen Obersten André Serot und fünf anderer Mitglieder der Waffenstillstandskommission der Vereinten Nationen in Palästina, die in Erfüllung ihrer Aufgaben ihr Leben opferten. Løe wies darauf hin, daß dieser Vorfälle die Notwendigkeit für die Aufstellung einer UN-Polizeitruppe erneut unter Beweis gestellt habe. Løe kündigte an, er werde der Vollversammlung später noch eindeutig darlegen, welche Maßnahmen zur Bildung einer eigenen Polizei der Vereinten Nationen ergriffen werden müßten.

Evatt Präsident der Vollversammlung

Nach den Ansprüchen der drei Staatsmänner schritt die Versammlung zur Wahl ihres Präsidenten. Der australische Außenminister Dr. Evatt wurde im zweiten Wahlgang mit 31 gegen 20 Stimmen, die für den argentinischen Außenminister Bramuglia abgegeben wurden, zum Präsidenten der UN-Vollversammlung gewählt. Der belgische Außenminister Paul Henri Spaak wurde im ersten Wahlgang mit 48 Stimmen zum Vorsitzenden des politischen Ausschusses gewählt.

Die Versammlung, die man als die bedeutendste Sitzung der UN in ihrer ganzen Geschichte ansieht und auf deren Tagesordnung 70 Fragen einschließlich des Palästina-Problems stehen, schritt dann zur Wahl der übrigen Ausschüsse.

In den Seitenlogen des Hauptsalles saßen während des ersten Sitzungstages rund 450

Journalisten und Bildreporter als Vertreter der Weltpresse.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Vollversammlung übernahm der australische Außenminister Dr. Evatt den Vorsitz und löste Bramuglia ab, der als vorläufiger Präsident amtiert hatte. Evatt dankte für seine Wahl und erklärte, die Augen der Welt seien auf diese Versammlung gerichtet. In der äußerst schwierigen Lage, in der sich die Welt zur Zeit befindet, kann diese Vollversammlung einen neuen Weg weisen, und er glaube, der Geist dieser Versammlung sei geeignet, einen neuen Weg aufzuzeigen.

Evatt ließ dann die Delegierten sich in die einzelnen Ausschüsse gruppieren und ihre Vorsitzenden wählen. Nach der Wahl des Vorsitzenden des politischen Ausschusses, Paul Henry Spaak, verließen die Außenminister der drei Westmächte den Sitzungssaal.

Bildung der Ausschüsse

In die übrigen fünf Ausschüsse wurden als Vorsitzende folgende Delegierte gewählt: Treuhandausschuß: Naarellah Enfrazzi (Perse), Verwaltung- und Budgetausschuß: Dina Wilgref (Kanada), Sozialausschuß: Charles Malik (Libanon), Wirtschaftsausschuß: Hernan Sante Cruz (Chile), Rechtsausschuß: Ricardo Alfaro (Panama). Ohne die auf der Tagesordnung vorgesehene Wahl der Vizepräsidenten durchgeführt zu haben, vertagte sich die Sitzung auf Mittwoch.

Der britische Außenminister Bevin ist am Dienstagabend bereits mit dem Zug aus Paris abgereist, um nach London zurückzukehren.

West-Außenminister beraten über Berlin

Molotow ließ grundsätzliche Fragen unbeantwortet

Paris. Die Außenminister der drei Westmächte traten am Dienstagmorgen in Paris zu einer zweiten Besprechung über die Berliner Krise zusammen. General Clay und sein Berater, Botschafter Murphy, General Koening, General Robertson, Couve de Murville, US-Botschafter Caffery, US-Botschafter Douglas, John Foster Dulles, der Berater des US-Außenministeriums Charles Bohlen, der britische Botschafter Sir Harvey und Sir William Strang, der französische Botschafter René Massigli und der politische Berater General Koening, Roger Seydoux, nahmen an der Konferenz teil.

Die Konferenz war um 21.30 Uhr beendet. Bevin und Marshall lebten jede Erklärung über den Inhalt der Besprechungen ab. Die Außenminister werden in der kommenden Woche ihre Besprechungen fortsetzen.

Diplomatische Beobachter in Paris sind, laut Reuter, der Ansicht, daß die Westmächte

in der Zwischenzeit bei der Sowjetregierung vorstellig werden wollen. Man ist allgemein der Ansicht, daß dies nur in Form einer gemeinsamen Note geschehen kann, in der die Haltung der Westmächte gegenüber dem letzten sowjetischen Memorandum zur Berliner Krise dargelegt wird.

Nach der in westlichen diplomatischen Kreisen allgemein vorherrschenden Ansicht hat der sowjetische Außenminister Molotow in seiner schriftlichen Antwort auf das Memorandum der Westmächte bestimmte grundsätzliche Fragen unbeantwortet gelassen, die von den Westmächten als für die Fortführung der Viermächtebesprechungen ausschlaggebend angesehen werden.

Die drei westlichen Außenminister werden nunmehr über den nächsten Schritt ihres Vorgehens beraten haben, der, wie hier allgemein vorausgesehen wird, in einer Mitteilung an Moskau bestehen wird, daß eine Fortsetzung der Besprechungen nach den von Molotow vorgeschlagenen Richtlinien hoffnungslos ist.

Ausschußsitzungen in Bonn

Bundesrat oder Senat? — Demokraten machen Kompromißvorschläge

Bonn. Der Organisationsausschuß des Parlamentarischen Rates behandelte in seiner Dienstagsitzung die Frage Bundesrat oder Senat. Während sich die CDU/CSU stark für einen Bundesrat einsetzte, trat die SPD für die Schaffung eines Senats ein. Die FDP machte Kompromißvorschläge. Danach soll der Bundesrat grundsätzlich das föderative Prinzip wahren. Im Rat sollen nicht nur Minister, sondern auch Vertreter der Länder, die durch den Landtag zu wählen sind, vertreten sein. Nach Ansicht der FDP müßten jedoch alle zu wählenden Vertreter nachweislich politische Erfahrung und parlamentarische Kenntnisse besitzen oder Kabinettsangehörige sein.

Der Ausschuß für Grundsatzfragen des Parlamentarischen Rates kam am Dienstag nach einleitenden Referaten der Abgeordneten Dr. Bergsträsser und Zinn (beide SPD) überein, daß die Grundrechte in die Reichs- beziehungsweise Bundesverfassung gehören und nicht den Länderverfassungen vorbehalten bleiben dürfen. Auch die sogenannten verfassungsrechtlichen Grundrechte (Naturrechte) sollen in den Katalog der Grundrechte aufgenommen werden.

Weiter war der Ausschuß der Auffassung, daß die Grundrechte der Weimarer Verfassung zu weit und zu wenig konkret gefaßt sind und daher eine Konkretisierung notwendig ist. Die Aufzählung der Grundrechte soll in einem besonderen Teil der Verfassung erfolgen, da sie in einer konkreten Form über

den Rahmen der Präambel hinausgehen würden.

Schließlich beschloß der Ausschuß, daß die Grundrechte unmittelbar geltendes Recht sein sollen, das nicht nur Verwaltung und Rechtsprechung, sondern auch die Gesetzgebung bindet.

Marshall für Demontage-Einschränkung

Die Antwort auf Bevins Einwände

Washington. Außenminister Marshall hat, wie hier am Dienstag von zuständiger Seite verlautet, seinen britischen Kollegen zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten mit Nachdruck für ihren Plan zur Herabsetzung der Demontagen in Deutschland eintreten werden.

Auf die Einwände Bevins gegen die amerikanischen Absichten soll Marshall zwar sein Verständnis für die Haltung Großbritanniens zum Ausdruck gebracht, gleichzeitig jedoch darauf hingewiesen haben, daß der ERP-Administrator Paul G. Hoffman letzten Endes die Verantwortung für Entscheidungen in der Demontagefrage trage. Das US-Außenministerium könne lediglich als Vermittler zwischen ERP-Verwaltung und den beteiligten europäischen Regierungen auftreten. Man nimmt in Washington an, daß Großbritannien nichts anderes übrig bleiben wird, als, wenn auch zögernd, einem eingeschränkten Demontageplan zuzustimmen.

Flüchtlingsvermögen und Lastenausgleich

Von Herbert Frydecky

Die Ausgewiesenen haben in den Gebieten die sie verlassen mußten, beachtliche Werte zurückgelassen. Es handelt sich um alles erdenkliche Gut, um Bodenschätze unter und über der Erde, um Bergwerke und Fabriken Patente und Lizenzen, um Geschäftsunternehmen, Grundstücke und Häuser, Wohnungseinrichtungen, Schmuck, Bekleidung, verschiedenste Geräte und Gebrauchsgegenstände, um Geldanlagen und Sammlungen. Hinzu kommen die Guthaben bei den Kreditinstituten, Banken, ausstehende Forderungen, Anwartschaften bei Versicherungsgesellschaften und Sozialversicherungsanstalten, um abgenommene Bargeldbeträge und Wertsachen jedweder Art. Deutsche Stellen, die sich mit reparationspolitischen Vorarbeiten befassen, nennen für das deutsche Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie eine Summe von rund 60 bis 70 Milliarden Mark, und zwar unter Zugrundelegung der Preise und des Geldwertes des Jahres 1936. Das Vermögen der sudetendeutschen Volksgruppe wird mit 30 bis 40 Milliarden Mark geschätzt. Diese Schätzwerte ergeben eine Gesamtsumme von 100 bis 130 Milliarden Mark als approximative Grundlage. Eine tschechische Stimme hat den Wert des sudetendeutschen Volkvermögens mit 100 Milliarden Mark angegeben. Die Grundlage dieser Errechnung ist bekannt. Eine andere tschechische Rechnung — vom Sitzungsamt in Prag — kommt auf rund 30 Milliarden Mark.

Eine wirklich zutreffende Errechnung der von den Flüchtlingen zurückgelassenen Vermögenswerte wird sich nur durch Befragen der Flüchtlinge und Ausgewiesenen erzielen lassen. Allein schon die zitierten, keinesfalls als endgültig und eher zu niedrig denn zu hoch gegriffenen Schätzwerte wiegen beispielsweise die 10 Milliarden Dollar Reparationsforderungen der Sowjetunion an Deutschland mehrfach auf. Was die Reparationsforderungen der ausweisenden Länder betrifft, so hat Polen beträchtliche, hingegen die Tschechoslowakei verhältnismäßig geringe Kriegsschäden erlitten; in das Gebiet der heutigen Tschechoslowakei wurden im übrigen während des Krieges zahlreiche Werke aus Westdeutschland verlagert, die nun der Tschechoslowakei als wertvolle Aktivposten verblieben.

Im Potsdamer Abkommen, das der Ausgangspunkt für die Regelung der Fragen der Vertriebenen ist, wird im Artikel XIII lediglich von der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung gesprochen, ohne daß erörtert wird, was mit ihrem Eigentum zu geschehen habe. Im Artikel IV über die Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands wird wiederholt von „den deutschen Anlagen im Ausland“ gesprochen, worin aber die Auslandsinvestitionen binnendeutscher Ursprungs gemeint sind, während die Werte und Anlagen der Umsiedelten ein Volkvermögen darstellen, das in einer langen Generationsreihe organisch heranzuwachsen ist. Ueber das Volkvermögen der Umsiedelten ist bisher nicht, auch nicht im Sinne einer Heranziehung zur Befriedigung von Reparationsansprüchen, entschieden worden. Es wird aber von der Besatzungsmacht als Eigentum der Ausgewiesenen angesehen. Das geht aus der Tatsache hervor, daß die aus dem Ausland nach Deutschland umgesiedelten Deutschen (ausgenommen die Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie) ihr Vermögen gemäß Gesetz Nr. 53 (Devisenbewirtschaftung) anmelden mußten. Es heißt dort im Artikel II 4a, daß alle diejenigen anmeldepflichtig sind, denen unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise Eigentum oder Kontrolle von Devisenwerten zusteht“. Im Artikel VII über die Begriffsbestimmung ist zu lesen, daß „Devisenwert bedeutet 1) außerhalb Deutschlands gelegenes Vermögen“, und vorher unter c), daß unter „Vermögen“ gemeint ist: „Jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle Rechte und Interessen oder Ansprüche auf solches Vermögen, gleichgültig, ob diese fallig sind oder nicht.“ Es schließt ein, ist aber nicht beschränkt auf Grundstücke und Gebäude, Geld, Beteiligungen, Aktien, Patente, Gebrauchsmuster, oder Lizenzen für deren Ausübung und andere Urkunden zum Nachweis von Eigentum, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüchen, Verbindlichkeiten sowie Kunstbesitz und andere Kulturgüter. Mit der Pflicht zur Vermögensanmeldung ist von der Besatzungsmacht praktisch anerkannt worden, daß den Ausgewiesenen an ihren zurückgelassenen Vermögenswerten nach wie vor „Eigentum zusteht“. Mögen auch die ausweisenden Staaten Enteignungsdekrete erlassen haben, so haben sie sich doch bei der Ausweisung auf die Beschlüsse der Alliierten in Potsdam berufen; sie werden infolgedessen gleichermäßen die noch ausstehenden Beschlüsse der

Wirtschaftliche Vereinigung mit Bizone ab Oktober

Paris. Die französische Besatzungszone Deutschlands wird, wie ein Sprecher des französischen Außenministeriums am Dienstagabend erklärte, im nächsten Monat wirtschaftlich an die Bizone angeschlossen werden. Die Verschmelzung der drei Zonen zu einer wirtschaftlichen Einheit sei die logische Folge der auf der Londoner Sechsmächtekonferenz getroffenen Entscheidungen. Der Sprecher betonte, daß die französische Zone jedoch politisch und verwaltungsmäßig weiterhin unabhängig von der Bizone bleiben werde.

Form im Widerspruch zu den gegenwärtig bestehenden souveränen Staaten steht. Eine internationale Gemeinschaft könne nur auf der Basis der zur Zeit herrschenden Verhältnisse ernstlich erwogen werden. Der Versuch einzelner Staaten, die Lenkung der Organisation nach hierarchischem Prinzip in die Hand zu bekommen, müsse unterbunden werden. Die Menschheit muß in Frieden arbeiten können. Die dritte Vollversammlung müsse, erklärte Bramuglia abschließend, zum Symbol der Einigkeit und nicht der Uneinigkeit werden.

Der Präsident der französischen Republik, Vincent Auriol, brachte in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck, daß Frankreich getreu seiner Tradition mit allen Völkern einen wahren, gerechten und aufrichtigen Frieden anstrebe. Der Präsident wies auf die Atlantik-Charta und die UN-Charta hin, die das Morgenrot der Befreiung Frankreichs darstellen und allen Völkern das Recht zusprechen, die für sie geeignete Regierungsform frei zu wählen, und die jedem Volk die Pflicht auferlegen, alle seine Bemühungen zur Abschaffung der Tyrannei und Versklavung einzusetzen. Allerdings habe Frankreich mit Beunruhigung ein zunehmendes Mißtrauen unter den Völkern feststellen müssen. Obwohl drei Jahre seit Beendigung der Feindseligkeiten vergangen sind, scheint der Friede noch nicht eingeleitet zu sein. Auriol erinnerte die Delegierten daran, daß die Menschen und Völker der Erde ihre Hoffnung in die Vertreter aller Nationen, die Garanten der Sicherheit und der internationalen Gerechtigkeit, setzten.

Dreiländertreffen

Konferenz der Länderchefs am 28. September in Bebenhausen

Tübingen. Die Länderchefs von Württemberg-Baden, Südwürttemberg und Südbaden werden sich, laut Südens, am 28. September zu einer neuen Konferenz über den Zusammenschluß ihrer Länder in Schloß Bebenhausen treffen.

Ländergrenzen, Besatzungsstatut und Demontagen

Ministerpräsidenten treffen sich

Frankfurt. Nach Mitteilung aus dem Büro der Ministerpräsidenten in Wiesbaden ist eine Konferenz der 11 Länderchefs der drei westlichen Besatzungszonen für den 1. Okt. auf Schloß Niederwald bei Rüdesheim vorgesehen. In erster Linie sollen die Stellungnahme zu den Ländergrenzen und die Ansichten zum Besatzungsstatut der Londoner Empfehlungen „koordiniert“ werden. Des weiteren wollen die Länderchefs sich nochmals mit dem Demontageproblem befassen. Im Rahmen dieser Besprechungen wird über die bisherige Arbeit des Parlamentarischen Rates in Bonn konferiert. Auch die akute Frage der Besatzungskosten steht auf der Tagesordnung der Besprechungen.

Größtmächte zur Frage der zurückgelassenen Vermögenswerte zu erfüllen haben.

Durch eine Anordnung der Kommission für das deutsche Auslandsvermögen vom 10. Mai 1946 ist die im Kontrollratsgesetz Nr. 5 ausgesprochene Übertragung des deutschen Auslandsvermögens auf die Kommission auch auf jene Personen deutscher Nationalität erfolgt, die im Ausland wohnen und Deutschland während des Krieges unterstützt haben.

Es liegt an Deutschland, die Rückerstattung oder Anrechnung der von den Ausgewiesenen zurückgelassenen Vermögenswerte, die nach den Darlegungen und ebenso nach dem Völkerrecht ihr Eigentum sind, auf Reparationskonto zu erzielen.

15 000 Flüchtlinge aus Dänemark kommen in die französische Zone

Neustadt (Haardt). 15 000 deutsche Flüchtlinge aus dänischen Lagern sollen nach einer Mitteilung der Militärregierung in die französische Zone aufgenommen werden.

Auswanderungsfieber in Frankfurt

Frankfurt. Das amerikanische Generalkonsulat wies hier nochmals auf die Bestimmungen zur Registrierung von Deutschen und Österreichern zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten hin.

Bestätigung der Ostseeküste

Berlin. An der Küste zwischen Stettin und Elbing werden, wie „Der Lech“ meldet, unter stark militärischer Bewachung Befestigungsarbeiten ausgeführt.

starker militärischer Bewachung Befestigungsarbeiten ausgeführt. Sie umfassen die Errichtung von Artilleriestellungen für schwere Küstengeschütze, für die Luftabwehr und Feldgeschütze, den Bau von Unterständen, Bunkern und Torpedoschiffbasen.

Kommt de Gaulle noch in diesem Jahr an die Macht?

Washington. Der augenblicklich in den Vereinigten Staaten weilende Bruder General de Gaulles und Bürgermeister von Paris, Pierre de Gaulle, erklärte am Dienstag bei einem Presseempfang in der französischen Botschaft in Washington, nach seiner Überzeugung werde General de Gaulle vor Ablauf des Jahres 1948 an der Macht sein.

Pierre de Gaulle betonte bei dieser Gelegenheit, daß man sich in den USA oft ein falsches Bild von der politischen Lage Frankreichs mache.

Unruhen in Südost-Asien von Moskau in Szene gesetzt

Washington. Der niederländische Außenminister Udo Stikker erklärte hier auf einer Pressekonferenz vor seiner Rückreise nach Holland, die gegenwärtigen kommunistischen Unruhen in Indonesien und ganz Südost-Asien seien unmittelbar von Moskau in Szene gesetzt.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Schließung der Berliner Bekenntnisschulen. Der Leiter des Berliner Hauptschulamtes, Wildangel (SED), und der Leiter der Magistratsabteilung für Volksbildung, Stadtrat May (SPD), beschlossen in einer gemeinsamen Sitzung die Schließung sämtlicher Bekenntnisschulen in Berlin.

Über 100 000 Pakete in einer Woche. Insgesamt 103 275 Pakete sind in der ersten Woche nach Wiederaufnahme des Paketverkehrs mit den Westzonen in den Postämtern der Berliner Westsektoren aufgegeben und durch britische Flugzeuge nach den Westzonen transportiert worden.

Im Falle einer Mobilmachung... Die Generalstabschefs der amerikanischen Luft-, See- und Heeresstreitkräfte sollen, wie die „New York Times“ am Dienstag berichtet, der Leitung des Munitionsamtes eine vorläufige Aufstellung des im Falle einer Mobilisierung benötigten Materials überreicht haben.

Briefe an die Redaktion:

Bürokratie in Hochform Aehrenlesegetreide wird bewirtschaftet!

Seit in Baden in Freiburg und in Karlsruhe registriert wird, ist das kleine Südbaden kein Musterland mehr.

Ich kann mir nicht helfen, aber die Ernährungsabteilung des Landwirtschaftsministeriums vergibt sich mit dieser Anordnung wieder einiges mehr von ihrem Ansehen.

3 Seiten Text werden verwandt für eine überflüssige Sache. Diese 3 Seiten Text aber wurden in die über 1000 Gemeinden des südbadischen Raumes verteilt, und zwar beschäftigten sich Direktoren und Angestellte von rund 20 Ernährungsämtern mit dem Studieren, Schreiben, Vervielfältigen und Versenden dieses Erlasses.

Die Verordnung aber bestimmt in ihren Weisungen; Der unmittelbare Verkehr des Aehrensammlers mit der Mühle ist verboten.

Und weiter ergeht sich der Erlaß in Preisbestimmungen, Abrechnungsverfahren zwi-

schen Mühlen, Umtauschstellen, Ernährungsämtern, und dem Papierkrieg ist wieder das Opfer gebracht. Daß strengste Strafbestimmungen für die Nichteinhaltung der Vorschriften angedroht werden, versteht sich von selbst.

Und die Praxis!

Wohnt da weit oben, z. B. in einem Schwarzwaldtal, in armen Verhältnissen eine Pflichtlingsfrau oder ein anderer Normalverbraucher.

Das Gesetz aber bestimmt: Gang zum Rathaus, dort Ausstellung des Berechtigungs- und Transportscheines, alsdann weiter zu der Umtauschstelle, die in vielen Fällen weitab von der Wohnung der Aehrenleserinnen liegt.

Die Bürokratie aber glaubt wieder einmal gesiegt zu haben nach dem Motto: „Warum nicht einfach, wenn es umständlich auch geht!“

Bürgermeister Stahl, Titisee

Entgegnung

an das Kultusministerium

Dem Beitrag „Sparsamkeit am falschen Platz“ in Nr. 64 folgte in Nr. 77 ein Brief des Kultusministeriums, der ein Dementi gegen einen „unwahren“ Artikel sein soll.

H. G., Freiburg

Lebt Hitler noch?

Von Michael M. Musmanno / Richter beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg

Alleiniges Copyright für die amerikanische und französische Zone Deutschlands by DENA, Deutsche Nachrichten-Agentur.

3. Fortsetzung

Kapitel 4

Die letzte Stunde schlägt

Am 30. April 1945 speiste Hitler zum letzten Male mit seiner Frau, seinen Sekretärinnen und seiner vegetarischen Köchin, Fräulein Manziaty, der unsichtbare Gast an der Tafel beschäftigte die Gedanken aller und ließ jede Unterhaltung ersterben.

Kurz vor drei Uhr nachmittags erscheint Hitler Arm in Arm mit seiner Frau im Vorraum. Ihr bleiches Gesicht bildete einen scharfen Kontrast zu ihrem schwarzen Kleid.

Obgleich nichts darüber gesagt worden war, daß dies der endgültige Abschied sei, füllte sich der Vorraum sofort mit Menschen.

Frau Goebbels fällt plötzlich auf die Knie und beschwört ihn, seinen Entschluß zu ändern. „Es gibt keinen anderen Ausweg“, antwortet Hitler.

Frau Junge fallen plötzlich die Goebbels-Kinder ein. Sie sieht die Kinder auf den Stufen, die zu den höher gelegenen Räumen des Bunkers führen und stürzt auf sie zu.

lesen sie Hitler über die Ergebnisse ihrer Schätzungen. Wenn sie gerade jetzt Onkel Adolf, wie sie ihn nannten, sehen wollen?

Plötzlich ertönt ein scharfer Knall, der in dem Gewölbe widerhallt. Einer der Jungen ruft: „Oh, das war ein Volltreffer.“

Bevor das Echo verhallt ist, sind Arthur Axmann und Goebbels schon an der Tür zu Hitlers Zimmer. Sie stürzen hinein und fahren bei dem Anblick, der sich ihnen bietet, zurück.

Sturmbannführer Linke verhilft dann den Oberkörper und den blutigen Kopf Hitlers mit einer Decke und trug mit Hilfe Dr. Stumpfeggers die Leiche die Treppen hinauf in den Garten der Reichskanzlei.

Auch Eva Braun hatte sich erschließen wollen. Nachdem sie aber das Gift genommen hatte, war ihr die Pistole entfallen und lag auf dem Boden — das Gift hatte genügt.

Der hünenhafte Otto Günsche, der von Hitler beauftragt war, die Leichen zu verbrennen, trug Eva Braun hinaus und legte sie neben Hitlers Leichnam.

Günsche und Erich Kempka, Hitlers Fahrer, gossen den Inhalt von fünf Benzinkanistern über die Leichen und zogen sich in den Bunkereingang zurück.

In einem Raum neben Hitlers Schlafzimmer saßen mehrere Männer aus Hitlers Leibgarde. Kurz vor drei Uhr schickte Günsche sie hinaus. Einer dieser Männer, Hermann Karnau vom Kommando der Kriminalpolizei im Hauptquartier, ging aus dem Bunker zum Eingang der Reichskanzlei.

Vor seinen Augen lagen die Leichen Hitlers

und Eva Brauns. Die Decke, die über Hitlers Körper geworfen war, hatte sich verschoben, und das blutige Gesicht war zu sehen.

Karnau lief zurück in den Bunker, um seinem Kameraden Poppen zu sagen, daß „der Führer tot sei und im Garten verbrenne“.

Gegen 10.30 Uhr kam Gruppenführer Rattenhuber in den Wachraum und forderte einige vertrauenswürdige Männer auf, die Ueberreste Hitlers und Eva Brauns zu begraben.

Etwas zur gleichen Zeit diktierte Goebbels Gerda Christian einen Brief, den er, Krebs und Burgdorf unterschrieben. Der Brief, der die Mitteilung von Hitlers Tod enthielt, war an das russische Oberkommando gerichtet und enthielt die Bitte um Waffenstillstand.

Nachdem Hitler tot war, bereitete Goebbels für den nächsten Morgen die Vernichtung seiner Familie vor.

Um die Kinder auf die Injektion vorzubereiten, die sie erhalten sollten, bevor man ihnen das Gift einhobte, erzählte ihnen Frau Goebbels, daß sie, nachdem Onkel Adolf tot sei, nach Schwabenwerder zurückgebracht werden sollten.

Dieses Märchen vermochte vielleicht die Kleineren zu täuschen, aber Helza, die Älteste, wußte, was geschehen werde, und sagte es auch. Um Schwierigkeiten zu vermeiden,

bekam Helza die Spritze und das Gift zuerst, die anderen folgten ihrer Schwester kurz darauf.

Am 1. Mai, abends um 7.30 Uhr, rief Goebbels seinen Adjutanten Günther Schwägermann in sein Zimmer und gab ihm Anweisungen für die Verbrennung.

Gegen 8.15 Uhr erhob sich Goebbels von seinem Schreibtisch, setzte seinen Hut auf, zog Mantel und Handschuhe an und ging dann, Arm in Arm mit seiner Frau, die Treppe hinauf zum Garten.

Schwägermann befahl einem seiner Soldaten, nach einem Schuß auf Goebbels abzugeben, da er sich selbst nicht dazu überwinden konnte.

Dann wurde Benzin über die Leichen gegossen und in Brand gesteckt. Noch ehe sie völlig verbrannt waren, erhielt Schwägermann von General Mohrke, dem Kommandanten der Reichskanzlei, Befehl, den Bunker in Brand zu stecken.

Im nächsten Augenblick fanden sie sich vor einem Flammenmeer umgeben, da durch den Luftzug der Flammen die äußeren Stahltüren zuschlugen.

Fortsetzung folgt!

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Admann. Verlag: Demokratische Verlagsanstalt, Lehr/Schw. Anstr. der Redakt. Lehr/Schw. Post. 276 Tel. 2281. Druck: Moritz Schauberg, Lehr/Schw. - K. & H. Dreiser, Rastatt (Baden). - Südwestdruck K.-G. Lörrach. - A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).

